

---

Maria Kurbjuhn/Michael Fichter

---

## Auch im Osten brauchen die Gewerkschaften Gestaltungskompetenz

---

Maria Kurbjuhn, geb. 1942 in Dresden, Studium der Sozialwissenschaften an der Freien Universität Berlin, ist Mitarbeiterin im Forschungsprojekt „Spurensicherung. Der DGB und seine Gewerkschaften in den neuen Bundesländern 1989 bis 1991“ des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der FU Berlin:

Dr. Michael Fichter, geb. 1946 in Ohio/USA, Studium der Geschichte an der Stanford University/USA und der Politikwissenschaft an der FU Berlin, ist wissenschaftlicher Angestellter des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der FU Berlin und Mitarbeiter des Projekts Spurensicherung.

Nach dem Zerfall der DDR schien die gewerkschaftliche Reformdiskussion beendet zu sein. Die enormen Anforderungen des Organisationsaufbaus in Ostdeutschland und die unmittelbaren Schutzaufgaben beanspruchten alle vorhandenen Kräfte: Als sich abzeichnete, daß die DDR in das bundesrepublikanische System integriert werden sollte, erkannten die Gewerkschaften, daß ihre Präsenz auf dem neuen Territorium mit allen verfügbaren Mitteln gesichert werden mußte, da sonst die Gefahr eines komplett gewerkschaftsfreien Raums in der damaligen DDR bestanden hätte. Innerhalb weniger Monate - im wesentlichen von März bis September 1990 - setzten sie alles daran, funktionsfähige Organisationsstrukturen aufzubauen, um so dem Bedürfnis der östlichen Arbeitnehmer nach demokratisch verfaßten Gewerkschaften gerecht zu werden. Das hieß letzten Endes -unabhängig von den unterschiedlichen Einschätzungen der Einzelgewerkschaften über die Reformfähigkeit des FDGB und seiner Organisationen -, daß ohne Berücksichtigung der dort völlig anderen kulturellen und gewerkschaftspolitischen Voraussetzungen westdeutsche Strukturen auf die neuen Bundesländer übertragen wurden.<sup>1</sup>

#### Gewerkschaftliche Reformdiskussion unter neuen Voraussetzungen

Die Notwendigkeit eines umfassenden Erneuerungsprozesses gewerkschaftlicher Arbeit (Strukturen, Prozesse zur Willensbildung, Programmatik) war schon vor 1989 im Westen allgemein anerkannt, auch wenn es über Art, Verlaufsform und Zielsetzung der angestrebten Veränderungen natürlich unterschiedliche Ansichten gab. Die strategischen Überlegungen reichten von der einfachen Begleitung der Modernisierungsprozesse, also einer bloßen Anpassung an die gesellschaftlichen Realitäten, bis zum Ziel der Gestaltung und tatsächlichen Veränderung der Gesellschaft.

Gewerkschaftliche Reformvorstellungen und Gestaltungsmöglichkeiten müssen heute vor einem anderen gesellschaftlichen Hintergrund und intensiver als vor 1989 unter dem Gesichtspunkt ihrer Durchsetzbarkeit diskutiert werden. Die in den neuen Bundesländern rasant fortschreitende Entindustrialisierung und Massenarbeitslosigkeit, die rücksichtslose Aufkündigung des sozialen Konsenses durch die Regierungskoalition, die zunehmenden staatlichen Angriffe auf die Tarifautonomie, die Debatte über die Verlängerung der Arbeitszeit, die Forderung an die Gewerkschaften, auf Reallohnsteigerungen zu verzichten, und der Abbau von Arbeitsförderungsmaßnahmen – nachdem

---

<sup>1</sup> Im Rahmen des von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Projekts *Spurensicherung. Der DGB und seine Gewerkschaften in den neuen Bundesländern 1989 bis 1991* haben wir diesen Aufbauprozess dokumentiert. Dazu verweisen wir auf folgende Veröffentlichungen von uns: *Spurensicherung — und dann?*, in: *Die Mitbestimmung*, 38 (1992), Heft 5, S. 23-25; *Die Gewerkschaften im Einigungsprozeß: Ausdehnung mit alten Organisationsstrukturen und neuen Integrationsproblemen*, in: *Organisierte Interessen in Ostdeutschland*, hrsg. von Volker Eichner u.a., Probleme der Einheit, Bd. 12, Marburg 1992, S. 159-174.

diese zunächst großflächig eingeführt worden waren - haben die Rahmenbedingungen gewerkschaftlicher Arbeit seit 1989 vollständig verändert. Die Gewerkschaften wurden sehr schnell gezwungen, sich nahezu ausschließlich um Fragen traditioneller gewerkschaftlicher Schutzpolitik zu kümmern, um wenigstens elementaren Aufgaben wie Tarifabschlüssen, Rechtsschutz und der Ausarbeitung von Sozialplänen gerecht zu werden.

Parallel zu den Schwierigkeiten des formal kaum abgeschlossenen Aufbauprozesses wurden die Gewerkschaften mit einer Privatisierungspolitik von Regierung und Treuhand konfrontiert, deren soziale Auswirkungen, wie sich immer deutlicher herausstellt, nur noch katastrophal genannt werden können. Das unvorstellbare Ausmaß der Entindustrialisierung durch die Treuhandanstalt, die Ostdeutschland zu einem bloßen Absatzmarkt für westliche Produkte und zu einem Lieferanten billiger Arbeitskräfte degradiert, die Zerstörung der ehemals leistungsfähigsten Landwirtschaft Osteuropas bedeuten, daß gewerkschaftliche Arbeit sich auf einer Basis entfalten muß, die dauernd neue Notprogramme erfordert. Sämtliche Grundbedingungen für eine entwickelte Marktwirtschaft, die ihrem offiziellen Anspruch nach *sozial* genannt werden will, fehlen. Technisch-soziale Infrastruktur (Kommunikation, Verkehr, Bildungswesen, Sozialversicherungssysteme), tariflich gestaltete Arbeitsbeziehungen, eine funktionierende öffentliche Verwaltung und Justiz sind auch nach über zwei Jahren noch nicht ausreichend entwickelt. Die regierungsamtliche Propaganda setzt unermüdlich das Gerücht in die Welt, als wären diese Voraussetzungen für erfolgreiche Privatinvestitionen längst gegeben. In ihrer von vornherein gezinkten Perspektive reduziert sich das Problem des Aufbaus in Ostdeutschland auf eine Frage des guten Willens der Kapitalbesitzer und eine in der Öffentlichkeit täglich nach oben korrigierte notwendige Geldmenge, deren Verwendungsmodalitäten gewöhnlich auch von Regierungsvertretern nicht näher erläutert werden.

Die Konsequenz dieser „Politik“ führt zu einer Verkümmern der wirtschafts- und strukturpolitischen Lage. Es entstehen Wirtschaftsräume, die aus sich heraus nicht entwicklungs- und lebensfähig sind. Und dies bedeutet, daß auch die Bedingungen für private Investoren sich ständig verschlechtern. Die Privatisierungskampagne der Regierungskoalition und der Treuhand schafft paradoxerweise Voraussetzungen, die gerade eine effektive Privatisierung verhindern. Kein potentieller Investor wird die Verwertungschancen seines Kapitals für die ideologische Raserei einer inkompetenten Politik opfern.

Da die Gewerkschaften auf diese Politik und ihre katastrophalen ökonomischen Auswirkungen reagieren müssen, geraten sie immer wieder unter Zugzwang. Die instabilen Arbeitsverhältnisse, der massive Arbeitsplatzabbau und die von der Treuhand forcierten, oft nicht einsichtigen betrieblichen Umstrukturierungen machen eine geordnete Aufbauarbeit der Gewerkschaften bis heute fast unmöglich. Unter derartigen Bedingungen können die notwendigen tarifvertraglichen und betriebsverfassungsrechtlichen Bestimmungen ihre Schutzfunktionen nur sehr unzulänglich erfüllen.

### Verunsicherung in Ost und West

Der Prozeß der politischen Vereinigung ist für die Menschen in Ostdeutschland nach wie vor mit ungeheuren Belastungen verbunden. Arbeitsplatzverlust, Entwertung der Qualifikation und tiefgreifende Veränderungen im Alltag haben zu Enttäuschung und Demotivation geführt, die sich auch in wachsender Aggressivität gegenüber den vom Westen diktierten Entscheidungen äußern.

Obwohl in ihrer Brisanz und existentiellen Bedeutung nicht vergleichbar mit der Situation der Ostdeutschen, breitet sich auch bei den Westdeutschen immer mehr eine starke Verunsicherung aus. Die Finanzierung der deutschen Einheit und die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt gefährden die westlichen Arbeits- und Lebensbedingungen. Hinter dem Reallohnverlust verbirgt sich, sieht man genauer hin, die alte soziale Spaltung und die Zuspitzung der daraus entstehenden Ungerechtigkeiten. Der entsprechende Unmut äußert sich auch hier oft in einer rückwärtsgewandten Oppositionshaltung: in dem Wunsch, alte bundesrepublikanische Verhältnisse wieder herzustellen, und der pauschalen Anklage gegenüber der vermeintlichen Anspruchsmentalität der Ostdeutschen. Die *Vereinigung ohne* eine wirklich konstruktive Veränderung der Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland ist inzwischen weit fortgeschritten. Diese Vereinigung hat deutliche Züge einer *Auseinanderentwicklung* angenommen. Und der gegenwärtige politische Kurs fördert eher die Polarisierung, als daß in ihm eine zukunftsorientierte Steuerungsfähigkeit erkennbar würde.

Vor diesem Hintergrund muß ein Problembewußtsein für unterschiedliche gesellschaftliche, berufliche, gewerkschaftliche und familiäre Sozialisation der Arbeitnehmer in den alten und neuen Bundesländern entwickelt werden. Die Mißachtung dieser Unterschiede würde zudem auch die notwendige Intensivierung der Debatte um die Erneuerung der Gewerkschaften entscheidend blockieren beziehungsweise die bereits existierende soziale Spaltung zwischen allen gesellschaftlichen Gruppierungen vertiefen. Eine der wesentlichen Voraussetzungen für eine effektive Gestaltungspolitik ist also die Bearbeitung dieser Unterschiede. Eine besonders wichtige politische Aufgabe besteht darin, den Zusammenprall unterschiedlicher Lebenshaltungen produktiv zu machen für die Arbeit in West und Ost.

### Gewerkschatten in der Klemme

Die Gewerkschaften befinden sich also in der Klemme zwischen zunehmend resignierten Mitgliedern und einer destruktiven Politik, die sie nur sehr begrenzt beeinflussen können, wie die Hilflosigkeit vieler rein proklamatorischer Äußerungen beweist. Die Auswirkungen dieser Politik auf die Existenzbedingungen ihrer Mitglieder abmindern zu müssen und gleichzeitig zu wissen, daß die zerstörerischen Tendenzen einer derartigen Politik mit traditionellen Mitteln nicht aufzuhalten sein werden, läßt auch die aktiven Mitglieder und Funktionäre den Druck kaum noch aushaken. Von ihnen wird

eine umfassende Hilfe erwartet, die sie, selbst abhängig vom politischen Katastrophenkurs der Regierungskoalition, nicht leisten können. Sie agieren in Ostdeutschland gegenüber einer rücksichtslos betriebenen Entindustrialisierung gewissermaßen in einem wirtschaftlichen Vakuum. Es wäre deshalb ganz verfehlt, eine Kritik der Gewerkschaftsarbeit losgelöst von den hier skizzierten Rahmenbedingungen zu versuchen.

Nie zuvor in der deutschen Nachkriegsgeschichte ist die im Kern defensive Position der Gewerkschaften so krass zu Tage getreten. Sie werden, wie die Folgen der Kahlschlagpolitik in Ostdeutschland zeigen, von der historischen Entwicklung dauernd überholt. Die Rückwirkungen auf die Bewußtseinslage der Mitglieder können nicht illusionslos genug eingeschätzt werden: Die Verzweiflung über die derzeitige Lage wächst. Viele Mitglieder machen die Gewerkschaften zum Prügelknaben, statt die Verantwortung bei den politisch und ökonomisch herrschenden Gruppen zu suchen. In einem geschichtlichen Moment, in dem den Gewerkschaften eine besonders heikle Aufgabe zufällt, entziehen viele Mitglieder ihrer eigenen Interessenvertretung die Unterstützung. Da in Deutschland von einer politischen Opposition kaum noch gesprochen werden kann, müßten die Gewerkschaften ihrer Funktion nach zur letzten Bastion des Widerstands gegen die soziale Zerrüttung des ganzen Landes werden. Stattdessen sind zur Zeit Anpassungstendenzen nicht zu übersehen, die sie letzten Endes noch wehrloser machen werden, als sie es heute schon sind. Diese Haltung wird oft als pragmatisch und realitätsnah bezeichnet.

#### Probleme der neuen Mitglieder und das Selbstverständnis der Gewerkschaften

Der Vertrauensbonus der Ostdeutschen in den Aufbau gewerkschaftlicher Organisationen war groß. Viele sind mit hohen Erwartungen in die neuen Gewerkschaften eingetreten. Dies hat aber nicht zu einer kontinuierlichen Aktivierung der neuen Mitglieder geführt. Die Gründe dafür sind vielfältig:

- a) Die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes führt zu Passivität.
- b) Heute sind über fünfzig Prozent der Menschen in den neuen Bundesländern von existentieller Verunsicherung betroffen, addiert man die Zahlen von offiziell registrierten Arbeitslosen, ABM-Kräften, Vorruheständlern, Empfängern von Altersübergangsgeld und der Pendler von Ost nach West. Dazu kommt die sekundäre Ausbeutung in der Form ständig steigender Kosten für Mieten, Kinder- und Altenbetreuung, Energie, Verkehrsmittel; außerdem wurden Steuererhöhungen, Beitragserhöhungen für die Sozial- und Krankenversicherung beschlossen bei gleichzeitiger Kürzung der Leistungen. Aktuell wird dieses deprimierende Ausmaß der Reallohnsenkung flankiert von Forderungen einschlägiger Wirtschaftsinstitute, 1993 die bereits tariflich vereinbarte Anpassung der Löhne und Gehälter auszusetzen. Statt einer schrittweisen Angleichung an westdeutsche Lebensverhältnisse rückt für viele Ost-

deutsche die reine Lebenserhaltung immer mehr in den Vordergrund. Dieser Prozeß der individuellen Einschränkung führt zu einer permanenten Überanstrengung und zu einem Gefühl vollkommener Zukunftslosigkeit Die dadurch ausgelöste Zerstörung überkommener Werte - zum Beispiel das ausgeprägte Bewußtsein für soziale Sicherheit - wird durch kein neues Wertesystem aufgefangen. Im Gegenteil: Die Unkenntnis der wirtschaftlichen und politischen Ursachen der Chaotisierung aller Arbeits- und Lebensbedingungen muß auch gleichgültig machen für gewerkschaftliche Versuche einer Gegensteuerung, ihre Bemühungen, wenigstens minimale soziale Regelungen durchzusetzen.

c) Vor der Wende war der FDGB für die Mitglieder ein reiner Dienstleistungsapparat (Feriendienst, Prämienlohn, Sterbegeld); tatsächliche Interessenvertretung und Tarifaueinandersetzungen fanden nicht statt. Heute ist die Gewerkschaft nicht mehr Teil der Dreieinigkeit von Partei, Betrieb und Gewerkschaft. Sie kann nicht mehr Beschlossenes verkünden. Sie kann nur Forderungen stellen und sie durchzusetzen versuchen. Das alte gewerkschaftliche Selbstverständnis spielt allerdings durch die Erfahrung, daß die anfänglich hochgesteckten Erwartungen nicht erfüllt werden konnten, im Bewußtsein der ostdeutschen Mitglieder wieder eine große Rolle: Im alten System war soziale Sicherheit garantiert, gewerkschaftliche Dienstleistungen funktionierten relativ gut. Die Qualität kollektiver Interessenvertretung wird natürlich zusätzlich negativ beeinflußt durch die Haltung vieler Mitglieder auch in den alten Bundesländern, die Gewerkschaft als reines Dienstleistungsunternehmen zu betrachten.

d) Die Einbeziehung der Arbeitslosen ist extrem schwierig, da es sich um ein neues Aufgabengebiet der Gewerkschaften handelt. Dafür fehlt der betriebliche Zusammenhang. Die meisten Arbeitslosen treten gezwungenermaßen den Rückzug aus der Gesellschaft an. Daß die Gewerkschaften im Westen trotz hoher Arbeitslosigkeit jahrzehntelang diese zentrale Frage stark vernachlässigt haben, wirkt sich jetzt bitter aus. Die wachsende Arbeitslosigkeit stellt das traditionelle Selbstverständnis der Gewerkschaften auf eine harte Probe. Es wird keine annähernd befriedigende Lösung geben, solange nicht eine stärkere, auch branchenübergreifende Einmischung der Gewerkschaften in die regionale Strukturpolitik erfolgt. Der Druck der Massenarbeitslosigkeit auf die Arbeit der Gewerkschaften wird stärker und führt zu einer Aushöhlung ihrer Bedeutung auch für die Beschäftigten, wenn nicht tragfähige Konzepte zur Integration der Arbeitslosen in die Organisation entwickelt werden. Die schon jetzt erkennbaren Versuche, tarifvertragliche Regelungen zu unterlaufen, sind ohne Bindung der Arbeitslosen an die Gewerkschaft kaum erfolgreich zu bekämpfen. Hier entsteht ein in diesem Ausmaß völlig neues Aufgabengebiet, das ein zentrales Thema der innergewerkschaftlichen Reformdiskussion sein muß. Werden auf diese Frage keine wirklich schlagkräftigen Antworten gefunden, ist auf Dauer eine existentielle Bedrohung der Organisation als Gegenmacht nicht auszuschließen.

### Industrielle Modernisierung verstärkt die Gefahr der Ost-West-Polarisierung

Zu der doppelten Aufgabe - Rekonstruktion der Wirtschaft in Ostdeutschland und Überwindung des Konjunkturerinbruchs - kommt auch für die Bundesrepublik eine grundlegende Umwälzung in der gesellschaftlichen Betriebsweise hinzu. Unabhängig von der derzeitigen Konjunktur findet in den wichtigen Industrie-sektoren eine Rationalisierungswelle enormen Ausmaßes statt. Mit dem Schlagwort „lean production“, der Verschlinkung sämtlicher Produktionsstrukturen, ist die Frage nach der Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit angesprochen. Folgen der umfassenden Modernisierung sind einerseits veränderte Belegschaftsstrukturen in Richtung einer neuen, qualifizierten Arbeitnehmerschaft, andererseits aber auch infolge der Verringerung der Fertigungstiefe die Ausgliederung von Arbeit in andere Betriebe, das Hereinholen von Arbeit auf Zeit, also mehr Flexibilisierung und prekäre Beschäftigungsverhältnisse .

Industriestruktur und Industriearbeit verändern sich heute stark und damit verändern sich auch die Anforderungen an die Industriegewerkschaften. Auch bei der *systemischen Rationalisierung* in Dienstleistungsunternehmen geht es nicht mehr nur um die Effektivierung einzelner Bereiche oder Abteilungen, sondern um die Umwälzung der gesamten Arbeitsbedingungen innerhalb wie zwischen den Unternehmen. Diese veränderten Produktionsstrukturen und Formen der Arbeit, die differenzierte Sozialstruktur und Zusammensetzung der Belegschaften sowie veränderte Lebensstile und Ansprüche der abhängig Beschäftigten machen eine breite Auseinandersetzung über innergewerkschaftliche Demokratie und eine notwendige strukturelle Erneuerung der Gewerkschaften unabdingbar.

Die Polarisierung zwischen Ost- und Westdeutschland wird durch diesen Rationalisierungsschub noch verschärft. Wenn weiterhin in Ostdeutschland kaum investiert wird, kann die wirtschaftliche - und von daher auch die kulturelle und zivilisatorische - Spaltung Deutschlands nicht überwunden werden. Die Vorstellung, daß in den neuen Bundesländern, abgesehen von Vorzeigeeinseln modernster Produktionstechnologien, der überwiegende Teil der Wirtschaft bestenfalls mittlere Produktivität entwickeln könnte, während im Westen die führenden Industriezweige auf den letzten Stand gebracht werden, muß die Gewerkschaften schon deshalb beunruhigen, weil diese Entwicklung eine Spaltung der Organisation nach sich ziehen könnte, hervorgerufen durch die dann extrem zugespitzten unterschiedlichen Interessen ihrer Mitglieder. Nicht nur das unabdingbare Ziel der Lohnparität wird sich dann kaum realisieren lassen, es werden auch die Fälle zunehmen, in denen west- und ostdeutsche Betriebsvertretungen aus existenzieller Notwendigkeit gegeneinander antreten. Ob dieser Prozeß aufgefangen werden kann, bleibt die Frage. Gefordert werden muß allerdings eine radikal-demokratische Diskussion darüber in den Gewerkschaften. Es darf nicht zugunsten einer vagen Vorstellung von Solidarität der Streit um den besten Weg zu einer effektiven Gewerkschaftspolitik verbaut werden.

### Die Gewerkschaften als gesellschaftliche Gestaltungskraft

In den neuen Bundesländern sind die Gewerkschaften durch die wirtschaftliche Austrocknung extrem in die Defensive geraten. Die außergewöhnliche Situation nach der deutschen Einheit verweist allerdings auf ein längst existierendes, tieferliegendes Problem: Der Aufschwung Ost, der längst zu einem, wie es scheint, geplanten ökonomischen Abschwung Ost degeneriert ist, hat die branchenbezogene organisatorische Abschottung, die Schwerfälligkeit des gewerkschaftlichen Apparats, seine verkrusteten hierarchischen Formen und programmatischen Mängel nur besonders deutlich offengelegt. Existiert haben diese Defizite lange vor 1989, und sie sind in aller Ausführlichkeit immer wieder diskutiert worden, ohne daß es zu wirklich tiefgreifenden Veränderungen der praktischen Arbeit gekommen wäre.

Das Phänomen, daß eine fast ununterbrochen geführte Debatte mit großem Papierausstoß und einer Flut von Anträgen, denen kaum jemand direkt zu widersprechen wagt, in der Praxis so gut wie keine Wirkungen erkennen läßt, wäre genauer zu analysieren. Es geht nämlich längst nicht mehr um eine immer weiter getriebene Ausdifferenzierung der schon oft vorgebrachten Argumente - zum Beispiel über das Verhältnis von Zentralisierung und Dezentralisierung -, es geht eher um eine Erklärung der völlig unproduktiven Gegenüberstellung von theoretischer Diskussion und praktischer Alltagsarbeit. Es scheint fast so, als ob die beiden Ebenen gewerkschaftlicher Arbeit sich bekämpfen, statt sich zu ergänzen. Die gegenseitige Blockade, erstarrt in ritualisierten, allseits bekannten Argumenten, zu denen jeder nickt, ohne sie weiter zu beachten, verweist auf einen grundsätzlichen Mangel an Kontinuität in der politisch-theoretischen Auseinandersetzung. Und diese Diskussion setzt voraus, daß die Auffassung, es handele sich dabei um eine von der gewerkschaftlichen Knochenarbeit vollkommen abgehobene intellektuelle Spielerei, im Prozeß der Vermittlung einer politischen Orientierung selbst als schädlich für die Bewältigung der gewerkschaftlichen Alltagsaufgaben erkannt wird. Denn das läßt sich gerade an der Entwicklung in Ostdeutschland deutlich zeigen: Ein fehlendes wirtschaftspolitisches Gesamtkonzept, eine nicht wirklich durchgearbeitete Kritik an der politischen Handlungsunfähigkeit und der verlogenen Propaganda der Regierungskoalition hat seit der politischen Vereinigung zu größter Unsicherheit bei den Ehren- und Hauptamtlichen während des gewerkschaftlichen Ausdehnungsprozesses geführt.

Die Verbindung von konzeptioneller Arbeit und ihrer organisatorischen Umsetzung auf ein Kommunikationsproblem zu reduzieren oder Methoden- und Managementfragen überzubetonen, zeigt zwar das Unbehagen an der derzeitigen Entwicklung, aber zugleich eine Verdrängung der wirklichen Ursachen. Die Analyse der Rahmenbedingungen ist sehr ins Hintertreffen geraten. Ein Reformkonzept setzt - auch wenn keine systemsprengenden Absichten verfolgt werden - trotzdem eine radikale Aufdeckung der Schwächen des Systems voraus, um wichtige Ansatzpunkte für Reformen überhaupt benennen zu können. Insofern ist gerade im Hinblick auf den politischen Ver-

einigungsprozeß eine fundierte Auseinandersetzung über die Hintergründe und Interessenkonstellationen der offiziellen Politik eine Bedingung für eigene Vorschläge, um nicht in den Sog einer Propaganda zu geraten, die kein Wort über die Interessen des Kapitals verliert und außerdem Sprachregelungen, wie zum Beispiel die Diskussion über einen *Solidarpakt* unter die Leute bringt, die eine reine Verwirrungstaktik darstellen und die tatsächlichen Mechanismen der gigantischen Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums verschleiern.

Die Grundfrage einer zukunftsorientierten Gewerkschaftsarbeit bleibt die, ob notwendige gesellschaftliche Reformen überhaupt möglich sind, ohne Alternatiworstellungen für eine neue Gesellschaftsform miteinzubeziehen. Die Gewerkschaften werden schnell an ihre Grenzen stoßen, wenn sie versuchen, gesellschaftliche und politische Rahmenbedingungen grundsätzlich zu verändern. Ihrer Rolle, über gesamtgesellschaftliche Zusammenhänge aufzuklären, könnten sie allerdings mehr als bisher gerecht werden. Die Verhängung eines Tabus über Rolle und Funktion des Staates im Aufbauprozeß Ostdeutschlands kann nur zu einer völlig unproduktiven Einengung der gewerkschaftlichen Diskussion führen. Im Zentrum einer solchen Diskussion müßte eine Industriepolitik stehen, deren politische Steuerungskompetenz sich darin zu beweisen hätte, ob es ihr neben der Ermittlung von städtischem und regionalem Erneuerungsbedarf gelingt, unter Beteiligung der betroffenen Menschen und ihrer Interessenvertretungen den dort ansässigen Unternehmen Aufträge zu geben und durch die Einordnung in den industriepolitischen Rahmen Unternehmen und Regionen Perspektiven zu bieten. Außerdem geht es um die Förderung der Innovationsfähigkeit und damit die Erhöhung der Wettbewerbschancen. Neuen Unternehmensformen - Sanierungsholdings und Beschäftigungsgesellschaften - muß der Weg zum Markt geebnet werden, statt ihn wie heute zu verbauen. Alle arbeitsmarktpolitischen Instrumente sind zu nutzen, um die in den neuen Bundesländern lebenden Menschen für neue Arbeitsplätze zu qualifizieren. Diese Fragen können ohne eine immer wieder auf den neuesten Stand gebrachte Analyse kommunaler und regionaler Eingriffsmöglichkeiten nicht sinnvoll diskutiert werden. Eine bloße Orientierung am Bestehenden und jene nur scheinbar realitätsgerechte Haltung, die nicht weit entfernt ist von Anpassung an die vorgegebene Interpretationen gesellschaftlicher Gruppen, die ein besonderes Interesse daran haben, die Gewerkschaften politisch zu schwächen, muß gerade in der praktischen Arbeit zu Zerreißproben führen. Auf der politischen Ebene eine Form überparteilicher Zusammenarbeit pflegen und gleichzeitig auf betrieblicher Ebene Auseinandersetzungen erfolgreich führen zu wollen, kann nur auf Kosten der praktischen Arbeit der Ehren- und Hauptamtlichen geschehen. Sie haben es mit einer Situation zu tun, die sich von der vor 1989 erheblich unterscheidet.

#### Die Notwendigkeit gewerkschaftsinterner Reformen

Die unter zeitlichem Druck 1990 übertragenen westlichen Organisationsstrukturen funktionieren gewerkschaftsintern in Ostdeutschland nur sehr

unzureichend. Dies liegt nicht nur an der besonders prekären Situation in den neuen Bundesländern. Die Diskussion über solche Schwierigkeiten wird behindert durch organisationspolitische Probleme und gewerkschaftsinterne Machtverhältnisse, die im Westen schon seit Jahren kritisiert werden. Dazu gehören die mangelnde Transparenz zwischen Vorstand und gewerkschaftlichen Untergliederungen, unzureichende Zusammenarbeit zwischen regionalen beziehungsweise örtlichen Gewerkschaftsvertretungen und Betrieben, formalisierte betriebliche und gewerkschaftliche Gremien- und Ausschußarbeit, um nur einige der wichtigsten Punkte zu nennen. Ein Symptom für diese Formalisierung zeigt sich zum Beispiel darin, daß zur Zeit so gut wie kein Dialog mit der ostdeutschen Betriebsräte-Initiative stattfindet. Die organisationspolitische Unbeweglichkeit, die Ignoranz gegenüber Forderungen und Aktivitäten aus ostdeutschen Betrieben, macht die Entfaltung der für die gewerkschaftliche Arbeit notwendigen Integrationskraft unmöglich.

Daß eine einmal entstandene Hierarchie die Tendenz herausbildet, einen großen Teil ihrer Energie in die Aufrechterhaltung der eigenen Privilegien zu investieren und darüber die Arbeit, für die sie geschaffen wurde, zu vernachlässigen, versteht sich von selbst. Die hierarchische Arbeitsteilung tendiert dazu, Informationen und die Art ihrer Weitergabe oder auch Verweigerung zu einem Mittel der Machterhaltung zu mißbrauchen, wenn keine verbindlichen Regeln der Vermittlung aufgestellt werden, die für alle zu gelten haben, unabhängig von ihrer Stellung im Apparat. Die unproduktive Auseinandersetzung zwischen Apparat und Basis, einschließlich der gegenseitigen Schuldzuweisungen, wird die Verselbständigungstendenz des Apparats kaum aufhalten können. Umgekehrt gilt, daß die Kritik der Basis am autoritären Führungsstil oft genug zum Alibi für eigene Inaktivität wird. Die alte Forderung, offene Diskussionsstrukturen zu entwickeln, kann gegen derartige Verkrustungen nur dann schrittweise, über längere Zeiträume durchgesetzt werden, wenn die schwierige Ausgangsposition möglichst illusionslos in solche Debatten mit einbezogen wird. Daß diese Prozesse nur erfolgreich sein können, wenn sie organisationsöffentlich ablaufen, ist eine Binsenwahrheit. Der Ausstieg aus der gewerkschaftsinternen Geheimdiplomatie ist deshalb eine zentrale Voraussetzung für die Durchsetzung der unermüdlich erhobenen Forderung nach einem Höchstmaß an Einflußnahme und Mitgestaltung der Mitglieder und Funktionäre auf die Wülbungs- und Entscheidungsprozesse.

Die Gewerkschaften sind durch den Einigungsprozeß geschwächt worden, ihre Gestaltungsmöglichkeiten haben deutlich unter der Notwendigkeit gelitten, Schutzaufgaben in den neuen Bundesländern in nie gekanntem Ausmaß wahrnehmen zu müssen. Inzwischen sind sie an die Grenzen dessen gelangt, was sie auf diesem Felde leisten können. Das ist natürlich mit eine Folge des von der Bundesregierung verfolgten Kurses. Aber eine undialektische Gegenüberstellung von Schutz- und Gestaltungsfunktion, ihr Auseinanderreißen in der Zeit, wird auf Dauer dazu führen, daß die Gewerkschaften weder ihre geschichtlich gewachsene Schutzfunktion effektiv ausüben noch

einen Beitrag in der dringend notwendigen Diskussion um gesellschaftliche Perspektiven leisten können. Wenn es den Gewerkschaften nicht gelingt, sich offensiv den Herausforderungen der politischen und sozial-ökonomischen Lage zu stellen, werden sie weder ihren Mitgliederstand halten noch neue Mitglieder dazu gewinnen.